

Agenda 2030

Neuer Wohlstand für Deutschland

Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
Hamburg, 10./11. Januar 2025



Wieder
nach
vorne

Ausgangslage und „Eröffnungsbilanz“ 2025

Deutschland Anfang 2025 – nach drei Jahren Ampel: Das ist eine Wirtschaft in tiefer Krise. Das Bruttoinlandsprodukt ist das zweite Jahr in Folge gesunken. Die Insolvenzzahlen steigen. Es sind so viele Menschen arbeitslos, wie seit fast zehn Jahren nicht mehr. Laufend kündigen Unternehmen Stellenabbau an. 130.000 Arbeitsplätze sind mittelfristig allein in der Autoindustrie gefährdet. Derzeit verlieren wir 7.000 Industriearbeitsplätze – pro Monat. Die Energiekosten sind auf einem Höchststand. Bei der Abgabenlast liegt Deutschland in einer unrühmlichen Spitzengruppe, bei der Belastung durch Bürokratie erst recht. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft geht zurück. Bei den Wachstumsaussichten ist Deutschland OECD-Schlusslicht.

Politische Konflikte in der Welt und strukturelle Umbrüche durch Digitalisierung und Dekarbonisierung stellen unser „Geschäftsmodell Deutschland“ in Frage: Billiges Gas aus Russland, preisgünstige Vorprodukte aus China, hochwertige Exporte in alle Welt und Sicherheitsgarantien durch die USA – das ist Vergangenheit. Der Begriff De-Industrialisierung ist mittlerweile in aller Munde – und das in Deutschland, einem Land, das immer stolz auf seine erfolgreiche Industrie war. Ein Deutschland, auf das im Ausland nunmehr mit Verwunderung statt mit Bewunderung geschaut wird.

Deutschland Anfang 2025: Das ist eine Stimmung in Wirtschaft und Gesellschaft, die wie Mehltau über dem Land liegt. Die Menschen fühlen sich gegängelt. Fleiß, Arbeit und Anstrengung lohnen sich immer weniger. Das Versprechen von Aufstieg durch Leistung scheint leer. Ein Gefühl zunehmender Ungerechtigkeit macht sich breit.

Und die Politik? Die Ampel ist gescheitert. Sie war immer weit weg von den Menschen und Unternehmen im Land. Auch deswegen hat sie bis zuletzt den Ernst der Lage geleugnet. Sie hat gestritten und so für große Verunsicherung gesorgt. Wirtschaftliche Folgen sind größte Zurückhaltung bei Investitionen und Konsum. Die deutsche Wirtschaft schrumpft. Politische Konsequenzen sind ein gefährlicher Vertrauensverlust in die Demokratie und ein Vertrauensverlust in die Lösungskompetenz der Politik insgesamt.

Unsere Antwort: Die Agenda 2030

Deutschland Anfang 2025 – das ist auch ein Land, das in wenigen Wochen die Wahl hat: zwischen einem Weiter-so und dem direkten Weg in die längste Rezession der bundesdeutschen Geschichte – oder einem echten Politikwechsel hin zu neuem Aufschwung, Wachstum und Wohlstand. Deutschland hat das

Potenzial, um wirtschaftlich wieder nach vorne zu kommen – mit seinem innovativen Mittelstand und seinen Familienunternehmen, mit Handwerk und freien Berufen, mit kreativen Gründern und weltweit erfolgreichen Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen. Vor allem: mit hoch motivierten und qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die unser Land am Laufen halten. Deutschland braucht endlich eine Politik, die das Potenzial dieses Landes, dieser Menschen freisetzt und das Land wirtschaftlich wieder nach vorne bringt. Deutschland braucht den Politikwechsel – auch und gerade in der Wirtschaftspolitik. Denn Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne eine starke Wirtschaft ist alles nichts. Ohne eine starke Wirtschaft gibt es keinen starken Sozialstaat und keine stabilen Renten. Dazu macht das Wahlprogramm von CDU und CSU umfassende wirtschaftspolitische Vorschläge. Es macht einen Unterschied, wer regiert. Wir untermauern dies jetzt mit einer Agenda 2030 – einer Agenda für Aufbruch und Zuversicht.

Agenda 2030: unser Ziel für Deutschland!

Wir wollen Deutschland wieder nach vorne bringen. Wir haben klare Ziele für unseren Standort, für unsere Wirtschaft, für unser Land.

- Wir wollen in den globalen Zukunftstechnologien vorne mitspielen – von industriellen KI-Anwendungen bis zu Revolutionen in der Gesundheitstechnik. Wir wollen eine Wirtschaft, die ihre komparativen Vorteile im globalen Wettbewerb voll ausspielen kann, insbesondere das große Innovationspotenzial unseres Landes. Wir wollen, dass Deutschland ein Marktplatz für Tüftler und Gründer ist, die öfter und schneller im Zusammenwirken mit Mittelstand und großen Unternehmen aus bahnbrechenden Ideen erfolgreiche Geschäftsmodelle machen; eine Wirtschaft, die sich auf eine wieder wettbewerbsfähige Industrie stützen kann – mit lückenlosen und langen Wertschöpfungsketten, inklusive einer bezahlbaren und sicheren Energieversorgung.
- Wir wissen, dass es vor allem die Menschen in unserem Land sind, die den Unterschied machen – mit ihrem Fleiß, ihrer Einsatzfreude, ihrem Pioniergeist, ihrem Mut, ihrer Verlässlichkeit und ihren Ideen. Wir wissen auch, dass wir mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen und unseren Wohlstand erhalten und mehren können. Wir wollen eine gerechte Leistungsgesellschaft sein, in der der Fleiß der Menschen wieder mehr honoriert wird. Das ist auch ein Gebot von Fairness und Respekt. Wir wollen ein Land, in dem Frauen und Männer gerne arbeiten,

weil die Rahmenbedingungen stimmen – weil ihnen mehr Netto vom Brutto bleibt, sich Fleiß zum Beispiel bei Überstunden finanziell lohnt, weil die Kita-Versorgung verlässlich ist, weil sich qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland unkompliziert einbringen können. Dann ist Deutschland ein Land, in dem alle wieder gemeinsam für den Erfolg des Landes anpacken können.

- Wir wollen einen starken und fairen Sozialstaat – wissend, dass eine starke Wirtschaft der beste Garant für verlässliche soziale Sicherungssysteme ist. Wir setzen auf eine funktionierende Sozialpartnerschaft, die zu guten Löhnen führt und auf ein Sozialabgaben-Niveau, das sich wieder auf die 40 Prozent-Marke hinbewegt. Und wir wollen die Soziale Marktwirtschaft auf eine neue Stufe heben, indem wir Unternehmen ermöglichen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker am Produktivkapital und an den wirtschaftlichen Erfolgen zu beteiligen.
- Wir wissen, wie eine starke Wirtschaft und ein – an den richtigen Stellen – starker Staat einander bedingen: Daher sind eine starke Bundeswehr, Innere Sicherheit, funktionierende Verkehrsinfrastruktur, gute Schulen und Krankenhäuser sowie eine funktionierende Verwaltung auf der Höhe der Zeit wichtiger denn je. Nur eine starke Wirtschaft bildet eine solide Grundlage für die notwendigen Investitionen in unsere Zukunft.
- Am wichtigsten aber ist: Wir wollen wieder ein Land des Mutes und der Zuversicht sein, ein Land der Menschen, die an Aufstieg glauben und Chancen ergreifen und dabei Gemeinschaft, Zusammenhalt und die Zukunft für die kommenden Generationen fest im Blick haben. Ein Land, in dem Solidarität als Gegenseitigkeit empfunden und gelebt wird.
- Mit dieser Agenda 2030 setzen wir uns für Deutschland ein wirtschaftspolitisches Zwei-Prozent-Ziel: Wir wollen wieder Wachstumsraten von mindestens zwei Prozent erreichen.

Agenda 2030: unser Kompass für Deutschland!

Für unseren Weg zum Ziel haben wir einen wirtschaftspolitischen Kompass, der sich fundamental von der Politik der Ampel unterscheidet.

- Die Ampel, das war bürokratische Gängelung. Das war politische Mikrosteuerung nach ideologischen Wünschen – wie das Heizungsgesetz aus dem Hause Habeck. Wir in der CDU wissen: Kern der Sozialen Marktwirtschaft ist das Vertrauen in die Menschen und ihre Eigenverantwortung, in ihre Talente und Fähigkeiten, in Anreize statt Verbote. Gerade in Zeiten wie diesen,

in Zeiten großer technischer und wirtschaftlicher Umbrüche, brauchen wir Kreativität und Initiative eines jeden Einzelnen. Mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung, weniger Zwang und Staatsgläubigkeit – das ist der richtige Weg.

- Die Ampel, das waren teure, milliardenschwere Fehlanreize und fehlgesteuerte Umverteilung – wie das Bürgergeld. Wir wollen demgegenüber Anpacken honorieren und dazu motivieren, damit sich Fleiß und Leistung wieder lohnen. Wer arbeiten kann, muss auch arbeiten und darf nicht auf Kosten der Gemeinschaft leben.
- Die Ampel, das war ideologische Verengung, wenn es um Technik ging – wie das Verbrenner-Verbot. Wir werden wissenschaftlich fundiert, technologieoffen sowie möglichst pragmatisch handeln. Wir setzen auf Anreize statt Verbote.
- Die Ampel, das ist das Verlieren des Blicks auf die Breite der Unternehmen und ihrer Wirtschaftskraft. Ein wirtschaftliches Kraftzentrum wie der deutsche Mittelstand hatte unter der Ampel zu leiden. Wir setzen auf Entlastungen für alle Unternehmen – in ganzer Breite. Das ist fairer und viel wirksamer für unsere Wirtschaft.
- Die Ampel, das war permanenter Streit. Wir wissen, dass Investitionen vor allem eines brauchen: verlässliches Regierungshandeln.
- Und schließlich: Die Ampel, das war ein permanentes Schlechtreden der grundgesetzlichen Schuldenbremse und eine Haushaltspolitik geprägt durch Tricksereien und Chaos. Wir wissen, dass nur seriöses Haushalten vor einer Neuauflage der Euro-Schuldenkrise und den Steuererhöhungen von morgen schützt.

Agenda 2030: unsere Maßnahmen für Deutschland!

Mit dem Wahlprogramm haben wir unseren Plan für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands dargelegt. Mit der Agenda 2030 gehen wir den nächsten Schritt.

1. Neue Chancen für Wohlstand: Die große Steuerreform

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland müssen im europäischen Vergleich die zweithöchste Abgabenlast tragen. Das ist weder leistungsgerecht oder fair, noch macht es den Standort Deutschland attraktiv für Menschen, die etwas schaffen wollen. Auch bei der Steuerbelastung unserer Unternehmen liegt Deutschland mit rund 30 Prozent weit vorn. Andere Staaten haben schon reagiert

und die Steuerbelastung für Unternehmen gesenkt. Nicht aber Deutschland. Das schadet unserer Investitions- und Innovationskraft und verhindert neue Arbeitsplätze.

Wir werden daher handeln und eine große Steuerreform umsetzen – die umfassendste seit Jahrzehnten. Damit entlasten wir Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Unternehmen in Deutschland. Wir sorgen für mehr Leistungsgerechtigkeit, für mehr Investitionen und Arbeitsplätze sowie für sichere Sozialsysteme, kurzum: für mehr Wohlstand im Land.

Folgende Eckpunkte sehen wir für die große Steuerreform vor:

- Die Umsetzung erfolgt in **vier Jahresschritten**, beginnend zum **1. Januar 2026**.
- Wir werden die **Einkommensteuerbelastung** deutlich reduzieren. Der Anstieg des Einkommensteuertarifs soll zukünftig flacher verlaufen. Der sog. Spitzensteuersatz soll erst bei 80.000 Euro greifen. Den **Grundfreibetrag** werden wir jährlich erhöhen. Das führt insgesamt zu einer niedrigeren Steuerbelastung für alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, insbesondere für die arbeitende Mittelschicht.
- Ergänzend werden wir weitere steuerliche Maßnahmen umsetzen, um freiwillige Mehrarbeit attraktiver zu machen. Dazu stellen wir **Überstundenzuschläge** steuerfrei. Für Rentner, die freiwillig weiterarbeiten möchten, führen wir die **Aktivrente** ein: Ein Verdienst bis 2.000 Euro im Monat bleibt dann steuerfrei.
- Wir verbessern die steuerliche Absetzbarkeit von **Kinderbetreuungskosten und haushaltsnahen Dienstleistungen**. Auch damit stellen wir Familien in den Mittelpunkt unserer Politik.
- Wir schaffen den **Solidaritätszuschlag** vollständig und endgültig ab.
- Wir werden die **Körperschaftsteuer** schrittweise auf zehn Prozent reduzieren.
- Wir vereinfachen die **Gewerbesteuer**. Zukünftig soll das für den Unternehmenssitz zuständige Finanzamt das gesamte Verfahren abwickeln und die Steuereinnahmen – aufkommensneutral und in vollem Umfang – an die Standortkommunen verteilen.
- Wir verbessern zudem das **Optionsmodell, die Thesaurierungsbegünstigung, die Verlustverrechnung und Abschreibungen**.
- Damit soll die Steuerbelastung auf einbehaltene Unternehmensgewinne auf **25 Prozent** gesenkt werden.

2. Mehr Arbeitskraft, mehr Flexibilität: Neue Grundsicherung, Fachkräfte-Anwerbung, neues Arbeitszeitrecht

In Deutschland gibt es einen erheblichen Mangel an Arbeitskräften. Wir wollen daher das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausschöpfen und ausländischen Fachkräften den Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt vereinfachen.

- Ein wichtiger Baustein für die inländische Aktivierung von Arbeitskräften ist die Abschaffung des sog. Bürgergeldes und die Einführung einer **Neuen Grundsicherung**. Unser Staat unterstützt Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Hilfe soll dabei – wo immer möglich – Hilfe zur Selbsthilfe sein. Daher wollen wir die Anstrengungen zur Vermittlung in Arbeit verstärken, um möglichst vielen Menschen Teilhabe und Eigenverantwortung zu ermöglichen. Wenn jemand aber grundsätzlich nicht bereit ist, Arbeit anzunehmen, obwohl er arbeiten könnte, muss der Staat davon ausgehen, dass er nicht bedürftig ist. Dann muss die Grundsicherung komplett gestrichen werden. Die Solidargemeinschaft kann nur funktionieren, wenn sich alle so einbringen, wie sie es können. Deshalb wollen wir Sanktionen bei Fehlverhalten schneller und unbürokratischer durchsetzen. Wer zum Beispiel ohne sachlichen Grund mehr als einmal nicht zu Terminen mit dem Jobcenter erscheint, wird – bis zur Wiederaufnahme der Gespräche – keine Leistungen mehr bekommen. Den Vermittlungsvorrang führen wir wieder ein. Wir reformieren die Hinzuverdienstgrenzen und die Transferentzugsraten, damit es sich finanziell wieder mehr lohnt, eine Arbeit aufzunehmen oder die Stundenzahl zu erhöhen. Digitalisierung, Automatisierung und KI sollen Standardprozesse (zum Beispiel Antrags-/Unterlagenprüfungen) verschlanken, damit Ressourcen gezielt in die Betreuung von Arbeitsuchenden fließen. Wir wollen die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter als nationales Pilotprojekt maximal auf KI-gestützte Prozesse umstellen.
- Neben der neuen Grundsicherung bleibt die Bildungs- und Ausbildungspolitik – bei gleichwertiger Förderung von beruflicher und akademischer Bildung – zentral für den inländischen Fachkräftenachwuchs. Hierzu zählt auch die stärkere Fokussierung von frühkindlicher Bildung. Besonders Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen muss jede Schülerin und jeder Schüler gut beherrschen. Wir wollen nicht hinnehmen, dass 2,9 Millionen junge Menschen zwischen 18 und 34 Jahren keinen beruflichen Abschluss haben.

- Wir brauchen auch qualifizierte ausländische Fachkräfte – egal ob in der Pflege oder in der Software-Entwicklung. Sie leisten einen zentralen Beitrag zu unserem wirtschaftlichen Erfolg: Jede fünfte Gründung in Deutschland erfolgt durch Unternehmer mit ausländischen Wurzeln. Wir schaffen eine neue **digitale Bundesagentur für Fachkräfte-Einwanderung** als einheitliche Ansprechpartnerin für ausländische Fachkräfte: von der Anwerbung, der Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen und Arbeitsplatzvermittlung über die Prüfung der Einreise-Voraussetzungen und Visavergabe bis hin zum Aufenthaltstitel. Damit bündelt die Agentur alle Verfahren der Erwerbsmigration, die zurzeit zersplittert bei Auslandsvertretungen, Bundesländern, Landkreisen, Kammern und Kommunen geführt werden. Ein Wechsel von einem Bundesland ins nächste führt dann nicht mehr zum Bruch der behördlichen Betreuung. Den Fokus legen wir auf die vereinfachte und beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen. Nur eine konsequente Trennung der Verfahren zur Fachkräfteanwerbung von den Asylverfahren lenkt Migration in die richtige Richtung.
- Neben praxisgerechteren Formerfordernissen im Arbeitsrecht passen wir das **Arbeitszeitgesetz** an: Zukünftig soll es eine wöchentliche anstelle einer täglichen Höchstarbeitszeit geben. Damit wollen wir Unternehmen und Arbeitnehmern mehr Flexibilität ermöglichen, auch im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und um individuellen Lebensentwürfen besser Rechnung zu tragen.

3. Erneuerung eines Erfolgsmodells: Krisenfeste Exportwirtschaft, wettbewerbsfähiges Europa

Unser Standort und unsere exportorientierte Wirtschaft sehen sich mehr denn je in ihren Grundlagen und ihrer Sicherheit gefährdet. Die Liste der Herausforderungen ist lang und reicht von Unsicherheiten bei der Rohstoffversorgung, über unfaires Handeln von Systemkonkurrenten bis hin zu Cyberattacken und einer militärischen Bedrohung durch Russland. Die Zeit einer außen- und wirtschaftspolitischen „Schönwetterlage“ ist vorbei. Wir wollen, dass Deutschland trotzdem als Exportwirtschaft erfolgreich bleibt. Für uns ist klar: Protektionismus und unlautere Handelspraktiken sind der falsche Weg, denn sie bedrohen unser aller Wohlstand. Unser Kompass ist und bleibt ein starker internationaler Freihandel. Gleichzeitig brauchen wir aber eine neue Krisenfestigkeit, ja Wehrhaftigkeit. Dazu setzen wir auf eine neue Strategiefähigkeit, einen vernetzten Ansatz und den engen Schulterschluss mit unseren europäischen und internationalen Partnern.

- Wir wollen, dass **Cybersicherheit „Made in Germany“** zu einer weltweiten Marke und Deutschland ein attraktiver Standort für innovative Unternehmen der Cybersicherheit und der Krypto-Wirtschaft wird. Unseren innovativen Mittelstand – begehrtes Cyber-Angriffsziel internationaler Konkurrenten, fremder Nachrichtendienste und Krimineller – wollen wir mit mehr Aufklärung sowie steuerlichen Anreizen und günstigen Finanzierungen für Cybersicherheitsmaßnahmen besser schützen.
- Die deutsche und europäische **Verteidigungsindustrie** braucht einen echten Schub. Das ist zwingend für unsere Sicherheit – und schafft Wachstumsperspektiven. Dafür setzen wir uns ein, zum Beispiel beim Aufbau eines europäischen Binnenmarktes für Verteidigungsgüter mit gemeinsamen Exportregeln, einer verstärkten Kooperation zwischen Wissenschaft, Forschung und Verteidigungsindustrie und einem besseren Zugang der Industrie zu Finanzierungsmitteln. Deutschland darf hier in Europa nicht mehr der Bremsklotz sein.
- Europas Wirtschaftsentwicklung liegt im internationalen Vergleich, insbesondere zu den USA, weit hinter den Möglichkeiten zurück. Das liegt insbesondere am zu geringen Produktivitätswachstum in der EU. Wir rücken daher **Wettbewerbsfähigkeit** und Produktivität wieder in das Zentrum der Politik der EU, v. a. durch eine weitere Vertiefung des Binnenmarktes, mit der wir europäische Unternehmen als European Champions fit für den internationalen Wettbewerb machen. Mit der Banken- und Kapitalmarktunion werden wir privates Kapital für die Finanzierung von Investitionen in Unternehmen und Infrastruktur mobilisieren. Durch eine echte europäische Energieunion anstelle nationaler Alleingänge werden wir grenzüberschreitend eine saubere, bezahlbare und preiswerte Energieversorgung sicherstellen. Mit einer europäischen Digitalunion schaffen wir die Grundlagen für europaweit tätige Digitalunternehmen, für die Verbreitung digitaler Lösungen in der europäischen Industrie und für eine effiziente digitale europäische Verwaltung auf allen Ebenen.
- Nur gemeinsam in der EU können wir deutsche Handels- und Wirtschaftsinteressen global wirksam vertreten. Auch deshalb ist es grundfalsch, wenn die AfD aus der EU austreten und den Euro als Währung aufgeben möchte. Das zerstört unser exportorientiertes Wirtschaftsmodell und damit die Grundlage für unseren Wohlstand. Anknüpfend an Mercosur setzen wir uns ein für weitere pragmatische **Handelsabkommen** mit Indien und den ASEAN-Staaten, für vertiefte Partnerschaften insbesondere mit den USA und

damit für einen umfassenden transatlantischen Wirtschafts-, Handels- und Zukunftsraum sowie für neue Energie- und Rohstoffpartnerschaften.

- Wir stehen für einen fairen Freihandel und wenden uns gegen Protektionismus. Gleichzeitig lehrt uns die Erfahrung fataler Abhängigkeiten infolge der Pandemie und des russischen Angriffskriegs, dass wir in **strategisch entscheidenden Bereichen**, wie z. B. der Militär-, der Bio-, der Quanten- und der Halbleitertechnologie, unsere nationale und europäische Souveränität gewinnen und ausbauen müssen.
- Wir müssen den Blick für **strategische Standortfaktoren** schärfen. Hierzu gehören insb. Flug- und Seehäfen sowie die Raumfahrt. Daher wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit von Häfen und Wasserstraßen stärken und die Gesamtkosten des Luftverkehrs auf ein europaweit wettbewerbsfähiges Niveau zurückführen.
- Im Rahmen unseres vernetzten Ansatzes werden wir den Bundessicherheitsrat zu einem Nationalen Sicherheitsrat weiterentwickeln und zukünftig auch mit sicherheitsrelevanten Fragen der Handelspolitik befassen. Teil einer neuen Nationalen Sicherheitsstrategie soll auch eine **Strategie für Wirtschaftssicherheit** sein, die Risiken für den Standort benennt und operative Ableitungen trifft. Dort fließen Erkenntnisse der Sicherheitsforschung ein, die wir in Deutschland – auch unter Einbeziehung militärischer Forschung sowie internationaler Erfahrungen (zum Beispiel EU, Vereinigtes Königreich, Israel) – stärken.

4. Weltweit an die Spitze: Innovationen, Digitalisierung, KI

Mit Wissenschaft, Innovationen, Digitalisierung und KI entscheidet sich die Zukunft unserer Wirtschaft, gerade der Industrie. Daher müssen wir mehr tun, zum Beispiel für den erfolgreichen Transfer von Forschungs- zu Geschäftsideen und für unkomplizierte Gründungen. Unser Ziel bis 2030 ist: Wirtschaft und Staat wenden jährlich 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung auf.

- Wir wollen mehr für den **Transfer** von Forschungsergebnissen zu erfolgreichen Geschäftsideen tun. Mit einem Innovationsfreiheitsgesetz wollen wir der Forschung mehr Freiräume geben und sie von einer zu kleinteiligen Förderbürokratie befreien. Für mehr Start-up-Gründungen aus der Spitzenforschung werden wir Forschungseinrichtungen verstärkt am Erfolg ihrer Ausgründungen, insbesondere am investierten Wagniskapital, messen und zugleich von den Ausgründungen profitieren lassen.

- Wir wollen **Unternehmergeist und Gründermut** stärken. Mit einer „Gründerschutzzone“ wollen wir Gründer in der Startphase so weit wie möglich von bürokratischen Vorschriften entlasten. Die Vereinbarkeit von Selbständigkeit und Familie verbessern wir. Gesetzlich stellen wir sicher, dass Forscher an Hochschulen die Nutzungsrechte an solchen Erfindungen behalten dürfen, die sie absehbar in ein konkretes Gründungsprojekt überführen. Wir bauen die Gründungsfinanzierung – zum Beispiel den bestehenden Zukunftsfonds – aus und schaffen attraktive steuerliche Bedingungen für Wagniskapital. Generell wollen wir den Finanzplatz Deutschland als zentrale Infrastruktur für den Kapitalbedarf und die Finanzierung unserer Wirtschaft und Start-ups stärken. Denn je mehr Euro in der EU angelegt werden, desto mehr finden ihren Weg auch in innovative Unternehmen bei uns.
- Die **Chancen von Digitalisierung und KI** gehen wir mit einem umfassenden Ansatz an: Mit einem Beschleunigungs-Gesetz bringen wir den Glasfaserausbau voran. Die Deckung des stark steigenden Energiebedarfs für die KI-Datenzentren wird Teil unserer nationalen Energiestrategie. Beim Datenschutz steuern wir um – weg von Gängelung, hin zu einer pragmatischen Datenchancenpolitik. Wir verknüpfen Wissenschaft und Praxis und starten eine auf Hochschulen für Angewandte Wissenschaften zugeschnittene Initiative „KI im Mittelstand“. Politisch bündeln wir die entsprechenden Verantwortlichkeiten in einem Bundesdigitalministerium sowie Digitalressourcen im nachgeordneten Bereich. Wir sind offen für Open-Source-Lösungen und werden IT-Dienstleistungen stärker diversifiziert vergeben.

5. Eine stabile Basis: Industrie, Energie, Infrastruktur, Land- und Forstwirtschaft

Sie bietet ein Viertel der deutschen Wertschöpfung und fast jeden vierten Arbeitsplatz: Die Industrie ist der Motor unserer Volkswirtschaft. Doch der Motor stottert, und der Ampel fehlt die Reparaturanleitung. Wir wollen unsere Industrie nicht nur zu alter Stärke zurückbringen, sondern auf die nächste Stufe heben.

- Wir reduzieren die Abgabenlast auf unsere **Strompreise** und streben eine Entlastung von mindestens 5 Cent pro kWh an. Dafür senken wir die Stromsteuer dauerhaft für alle auf das europäische Mindestmaß und reduzieren die Netzentgelte. Zur Finanzierung ziehen wir CO₂-Einnahmen heran. Beim Aus- und Umbau der Infrastruktur werden wir alle kostensparenden Potenziale nutzen, zum Beispiel mehr grenzüberschreitenden

Netzausbau, bessere Synchronisierung von Netzen, Speichern und neuen Erzeugungskapazitäten sowie verstärkte Kooperationen zwischen Verteilnetzbetreibern.

- Wir wollen auch in Zukunft eine starke **Automobilindustrie** als Schlüssel-Industrie und Arbeitsplatzgarant für unser Land. Pragmatismus ist auch hier das Gebot der Stunde. Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden. Mit synthetischen Kraftstoffen können Verbrenner einen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten – gerade bei der Bestandsflotte. Die CO₂-Flottenregulierung der EU ignoriert die aktuelle wirtschaftliche Realität. Hier drohen Strafzahlungen in Milliardenhöhe für die Hersteller. Dagegen wehren wir uns und treten für eine Neuausrichtung der CO₂-Flottenziele für den gesamten Zeitraum von 2025 bis 2035 ein: Ziel muss ein schrittweises Auslaufen sein, um Doppelbelastung von Herstellern und Kunden durch Flottenregulierung und EU-Emissionshandel für Transport- und Wärmesektor ab 2027 zu vermeiden. Der E-Mobilität geben wir ein Infrastrukturversprechen. Der Zollstreit mit China zu E-Autos muss so schnell wie möglich einvernehmlich gelöst werden – auch um eine toxische Zollspirale zu vermeiden.
- Im Sinne eines **marktwirtschaftlichen Klimaschutz** wollen wir den EU-Emissionshandel voranbringen und durch schrittweise Einbeziehung aller Sektoren mit ihren energiebedingten Emissionen als zentrales Klimainstrument stärken. Wir wollen Klima- und Energiepartnerschaften schließen und den Schutz vor Verlagerungen von CO₂-Emissionen gewährleisten. Der europäische Zertifikate-Handel zeigt zugleich: Die EU ist zentral für unseren Standort. Deshalb ist es mehr als fahrlässig, dass die Ampel so oft in wichtigen Fragen in Brüssel keine Position hatte, weil sie in Berlin gestritten hat. Wir werden uns wirksam für deutsche Interessen einsetzen und bei allen großen EU-Regulierungen mit Auswirkungen für den Industriestandort für eine maximal pragmatische Weiterentwicklung eintreten – vom CO₂-Grenzausgleich, über die Chemikalienregulierung, bis zur Taxonomie und der europäischen Lieferkettenregulierung. Das Ziel ist klar: Mehr Wettbewerbsfähigkeit und Rückenwind für den Standort Europa.
- Egal ob **Verkehrsinfrastruktur oder Wohnungsbau** – wir wollen schon in wenigen Monaten mehr Baukräne in unserem Land sehen. Das ist nicht nur gut gegen marode Brücken und für bezahlbaren Wohnraum. Das ist auch gut für die Wirtschaft insgesamt, hat doch der Bau eine wichtige Anschubfunktion für die Gesamtwirtschaft. Wir setzen auf die Beschleunigung von

Genehmigungsverfahren bei Verkehr, Bau, digitaler Infrastruktur und bei Industrieanlagen. Auch finanziell geben wir Schwung – zum Beispiel mit Sonderabschreibungen für bezahlbaren Wohnraum, eine auskömmliche und planungssichere Finanzierung von Autobahnen, Brücken, Straßen- und Schieneninfrastruktur sowie mit mehr Spielräumen, um Privatkapital für Verkehrsinfrastrukturen zu nutzen.

- Deutschland und Europa brauchen eine leistungs- und **wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft**, um die verlässliche Versorgung mit Lebensmitteln und erneuerbaren Rohstoffen sicherzustellen. Wir werden unsere Landwirte dabei unterstützen und die bis Ende 2023 gültige Agrardieselrückvergütung wieder vollständig für die Land- und Forstwirtschaft einführen.

6. Bürokratie-Rückbau und grundlegende Reform der Bundesverwaltung: Schneller, schlanker, digitaler

Längst ist die Bürokratie selbst für Experten undurchschaubar geworden. Die Ampel hat – so merkt auch der Nationale Normenkontrollrat an – neue Bürokratie-Belastungsrekorde aufgestellt. Wir werden Bürokratie zurückbauen sowie verlässlicher, schneller, schlanker und digitaler regieren. Anders als die Ampel, wollen wir den Staat weniger als Lehrmeister und mehr als Dienstleister; einen Staat, der an den richtigen Stellen schlank und an den richtigen Stellen stark ist. Im Ergebnis wollen wir die grundlegendste Reform der Bundesverwaltung seit der Wiedervereinigung angehen. Sie ist überfällig, damit Politik Vertrauen zurückgewinnt.

- Der deutsche und europäische Gesetzgeber lädt ganz selbstverständlich immer neue **Berichts- und Nachweispflichten** auf Unternehmen ab. Damit muss Schluss sein. Wir brauchen einen Mentalitätswandel bei Gesetzgeber und Verwaltung – hin zu einem echten Rückbau der Bürokratie auf nationaler und europäischer Ebene. Bei Berichtspflichten für statistische Zwecke werden wir zum Beispiel die Erhebungstiefe reduzieren und stärker auf digitale Anwendungen für repräsentative Aussagen setzen. Unser übergeordnetes Ziel ist ein „Einmal-reicht-Ansatz“: Bürger und Unternehmen sollen relevante Daten nur ein einziges Mal an die Verwaltung übermitteln. Es ist an den Behörden, sich – digital – besser zu vernetzen, um dann für den nötigen Datenaustausch zu sorgen. Es darf zum Beispiel nicht sein, dass bei den vierteljährlichen Verdiensterhebungen von den Unternehmen diverse Daten an die Statistischen Landesämter zu melden sind, die den Sozialversicherungen und Finanzämtern großenteils bereits vorliegen. Langfristig

sorgen wir für Entlastungen, indem wir Doppelstrukturen bei den Statistikämtern konsequent abbauen. Wir werden bürokratische Vorgaben der letzten Jahre systematisch aussetzen. Falls europäische Vorgaben dem im Wege stehen, werden wir diese stückweise mit Hilfe unserer europäischen Partner zurückführen. Wir werden eine Allianz zur Entfesselung der wirtschaftlichen Stärke Europas schmieden.

- Wir wollen eine **bessere Gesetzgebung**, weg von kleinteiligen Regelungen, hin zu strategischen Zielen und Kennziffern für die Zielerreichung. Dazu setzen wir konsequent auf Befristungen und eine nachprüfbare Wirksamkeitskontrolle staatlicher Regelungen und beteiligen die kommunale Umsetzungsebene von Anfang an am Gesetzgebungsprozess. Was nicht liefert, wird gestrichen. Ebenso wie Jahressteuergesetze werden wir in Zukunft Jahresgesetze zum Bürokratierückbau vorsehen. Wir werden uns dabei in Zukunft neben Verbändeabfragen auch auf die Ergebnisse neuer Bürokratie-Checks vor Ort mit direkten Hinweismöglichkeiten für Unternehmer und Arbeitnehmer stützen.
- Die blockierte Republik ist zu einem stehenden Begriff geworden. Wir wollen **Blockaden lösen**. Dabei nehmen wir vor allem das **Verbandsklagerecht** bei Infrastrukturvorhaben in den Blick. Kurzfristig prüfen wir, wo die Umsetzung der entsprechenden Richtlinie relevant über europäische Vorgaben hinausgeht. Auf europäischer Ebene werden wir eine Initiative zur Abschaffung starten. Wo möglich und sinnvoll, sehen wir ferner im Sinne schnellerer Rechtssicherheit eine Kürzung des Instanzenwegs auf zwei Instanzen vor. Und bei eindeutigen Verwaltungsfragen wollen wir mit KI von vornherein zu viel schnelleren Bescheiden kommen.
- Institutionell werden wir die erheblich gestiegene Zahl der Beauftragten um mindestens 50 Prozent reduzieren und in der Ministerialverwaltung mit zehn Prozent weniger Personal auskommen. Das von uns neu vorgesehene Digitalministerium werden wir an anderer Stelle einsparen, so dass die Gesamtzahl der Ministerien nicht erhöht wird. Mit einer **grundlegenden Reform der Bundesverwaltung** wollen wir zum einen die auf Rekordniveau gestiegene Zahl der Bundesbehörden durch Zusammenlegungen und einen Abbau von Redundanzen verringern. Zum anderen werden wir Ressourcen wirksamer einsetzen, indem wir zentrale Dienste des Bundes – zum Beispiel Personal und IT, Compliance, Vergabe und Beschaffung – zusammenlegen. Beim Personal wollen wir mehr Wechselmöglichkeiten zwischen Verwaltung, Privatwirtschaft und Wissenschaft, insb. um der Verwaltung mehr Know-how

bei Zukunftsthemen wie KI zu geben und einen zwischenzeitlich überbordenden Einsatz externer Berater zu reduzieren.

- Der Dreiklang aus Festhalten an der grundgesetzlichen Schuldenbremse, steuerlichen Entlastungen und notwendigen Investitionen kennzeichnet unsere **solide Finanzpolitik**. Die Schuldenbremse stellt sicher, dass aus Schulden von heute nicht die Steuererhöhungen von morgen werden und Deutschland weiter Stabilitätsanker in der Eurozone ist. Im Rahmen eines Kassensturzes kommen alle Ausgaben, insbesondere die während der Ampel-Jahre enorm gestiegenen Subventionen, auf den Prüfstand. Mit dem Wechsel zu einer ziel- und wirkungsorientierten Haushaltsführung wollen wir, dass der Bund insgesamt verantwortungsvoller – unternehmerischer – mit knappen finanziellen Mitteln umgeht. Die Haushaltsspielräume für – schrittweise umgesetzte – steuerliche Entlastungen und Investitionen schaffen wir mit richtigen politischen Prioritäten und Rahmensetzungen. So setzt die Neue Grundsicherung Anreize zur Arbeitsaufnahme und entlastet den Bundeshaushalt auf Ausgaben- und Einnahmenseite in Milliardenhöhe. Entlastungen bringen auch eine Begrenzung der Migration und unsere Effizienzmaßnahmen in der Verwaltung. Vor allem: Die Agenda 2030 wird zu mehr Wachstum führen und so dem Bundeshaushalt perspektivisch neue Spielräume eröffnen.

Politikwechsel am 23. Februar 2025

Die CDU bereitet sich auf den Tag der Übernahme von Regierungsverantwortung vor. Denn wir wissen: Die Herausforderungen sind so groß, dass wir keine Zeit zu verlieren haben. Es zählt vom ersten Tage an. Aufsetzend auf Wahlprogramm und Agenda 2030 werden wir auf dem Bundesparteitag am 3. Februar 2025 ein Sofortprogramm mit solchen Maßnahmen beschließen, die eine unionsgeführte Bundesregierung mit besonderer Priorität ab Tag eins ihres Regierungshandelns umsetzen wird; Maßnahmen, die einen echten Aufbruch für unser Land bedeuten.

So groß die Herausforderungen auch sein mögen, vor denen unser Land steht: Wir gehen sie mit großer Zuversicht und Optimismus an. Denn wir haben einen Plan. Wir wissen, wie regieren geht. Und wir wissen um das große Potenzial in unserem Land.

Deutschland verdient eine stabile und starke Regierung, die den Politikwechsel umsetzt. Eine CDU-geführte Regierung ist besser für Deutschland. Gemeinsam bringen wir Deutschland wieder nach vorne, auf dass wir bald wieder stolz sein können auf unser Land.